

Pressegespräch mit dem Landesjustizministers Rainer Stichelberger und Wolfgang Kailer

Am 05.01.2016 hat der SPD Landtagsabgeordnete Rainer Stichelberger mit dem BDZ Bezirksverbandsvorsitzenden Wolfgang Kailer und dessen Vertreter Markus Eichin eine Pressekonferenz beim Zollamt Weil am Rhein Friedlingen zum Thema der Ausfuhrkassenzettel abgehalten. Neben drei Vertretern der schreibenden Presse war auch der SWR Hörfunk vor Ort. Der BDZ BV Baden unterstrich dabei, dass es für die Gewerkschaft nicht darum geht, dass das Verfahren der Ausfuhrerstattung gänzlich abgeschafft wird, sondern Erleichterungen eingeführt werden, damit die Zöllnerinnen und Zöllner wieder ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen können. Eine der Forderungen ist die auch von der SPD Landtagsfraktion favorisierte Bagatellgrenze, ab deren Warenwert eine Ausfuhrerstattung überhaupt erst gewährt werden sollte. Die von der SPD in Baden-Württemberg geforderte Grenze von 50 Euro stehe, so Stichelberger, in keinem Widerspruch zu der Forderung der Zollgewerkschaft BDZ, die erst bei 100 Euro eine spürbare Entlastung für betroffenen Beschäftigten der Zollverwaltung sieht. Innerhalb der SPD gab es durchaus auch Überlegungen, sich für eine Bagatellgrenze von bis zu 150 Euro einzusetzen. Kailer und Stichelberger waren sich einig, dass nur eine Wertgrenze zu einer spürbaren und nachhaltigen Verbesserung der Situation an den Zollämtern, in den Städten und der Grenzregion führen wird.



Im Anschluss an das Gespräch führte der SWR Hörfunk mit Wolfgang Kailer noch ein Einzel-Interview, welches in den nächsten Tagen gesendet werden sollte.

In einem persönlichen Gespräch wurde Rainer Stichelberger, der auch das Amt des Landesjustizministers inne hat, von Wolfgang Kailer über die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten bei der Kontrolle der Ausfuhrbescheinigungen hingewiesen. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, um bei sogenannten „Lügnerfällen“ (die Waren befinden sich entgegen der Erklärung zum Zeitpunkt der



Abfertigung nicht vor Ort oder soll überhaupt nicht ausgeführt werden) tätig werden zu können.

Bisherige Maßnahmen zeigen keine Wirkung und betroffene Zöllnerinnen und Zöllner beklagen immer wieder, dass bei der Abfertigung von Ausfuhrbescheinigungen gelogen wird, dass sich die Balken biegen. Die Forderung nach Einwirkungsmöglichkeiten in Form eines Verwarnungsgeldes kann der BDZ Bezirksverband Baden nur unterstützen.